

# **Basta-Politik wird Problemen nicht gerecht**

**Angela Merkel ist eine gute Polit-Moderatorin, die verschiedene Sichtweisen in einer Koalition zu Entscheidungen zusammenführen - findet Bundesforschungsministerin Annette Schavan. Mit ihr sprach Norbert Wallet über die Kritik an Merkel und die Lage der CDU.**

*Frau Schavan, wann haben Sie zuletzt mit der Kanzlerin über die Lage der Koalition geredet?*

In der vergangenen Woche.

*Haben Sie Angela Merkel zu einem Machtwort ermuntert?*

Nein. Angela Merkels Führungsstil hat sich immer wieder als stark erwiesen, wenn es darum geht, verschiedene Sichtweisen in einer Koalition zu Entscheidungen zusammen zu führen - egal ob in einer schwarz-roten oder einer schwarz-gelben. Das ist Regierungskunst - und nicht, jeden Tag mit der Aura der Endgültigkeit zu reden.

*In der großen Koalition musste die Kanzlerin moderieren - jetzt fordern selbst Unionspolitiker Führung ein.*

Basta-Politik wird der Kompliziertheit der Probleme nicht gerecht. Der Ruf nach dem Machtwort ist ein Refrain seit vielen Jahren. Gerhard Schröder hatte manches Machtwort gesprochen. Das hat weder seiner damaligen Regierung noch der SPD genutzt. Angela Merkel führt die Union seit zehn Jahren und ist seit 2005 Kanzlerin. Sie hat große Integrationskraft bewiesen.

*Am 17. Januar treffen sich die drei Parteivorsitzenden Merkel, Horst Seehofer (CSU) und Guido Westerwelle (FDP) im Kanzleramt - ein Krisentreffen?*

Ach, Unsinn! Wäre es umgekehrt nicht eigentümlich, wenn sich die Chefs der Regierungsparteien im ersten Monat eines neuen Jahres nicht treffen würden? Dann hieße es, die haben sich nichts mehr zu sagen.

*FDP-Chef Guido Westerwelle spricht neuerdings von der geistig-politischen Wende. Offenbar glaubt er, der Regierung fehle noch ein übergeordnetes Leitmotiv.*

Der geistige Überbau für das christlich-liberale Bündnis steht schon im Koalitionsvertrag. Die drei zentralen Leitbegriffe der Präambel geben das Ziel unserer gesamten Arbeit wieder: Wachstum, Bildung, Zusammenhalt. Insofern formuliert Westerwelle nichts Neues. Der Koalitionsvertrag spricht überhaupt nicht vom „Weiter so“. Man muss also keine neuen Begriffe erfinden.

*Gibt es bei der Union Verwunderung, dass die FDP inhaltlich viel weiter von CDU / CSU entfernt ist als angenommen?*

Alle drei Parteien haben sich in den vergangenen zehn Jahren verändert. Die globale Wirtschaftskrise hat dazu beigetragen. Die CDU war nie und ist nicht primär Wirtschaftspartei. Sie ist Volkspartei. Wir erklären Gesellschaft nicht allein aus dem Zusammenspiel ökonomischer Kräfte. Zu unserem Profil gehört auch, den Staat nicht kleinzureden, wenn wir ihn auch nicht für den besseren Unternehmer halten. Die FDP musste die Krise nicht in der Regierungsverantwortung erleben. Die Koalition wird von Partnern geschlossen, die heute woanders stehen als 1998, als das damalige schwarz-gelbe Bündnis zu Ende ging.

*Die CDU hat sich stärker verändert als die Liberalen.*

Ja. Die CDU hat im letzten Jahrzehnt einen bewussten Modernisierungsprozess gestaltet. Warum? Um ihren eigenen Werten treu zu bleiben. Eine Volkspartei, die sich treu bleiben will, muss sich verändern. Die Pflicht zur Veränderung wird umso sichtbarer, je mehr Regierungsverantwortung eine Partei trägt. Das hat uns in den letzten Jahren von der FDP unterschieden.

*Warum will sich die Union in Sachen Steuersenkung erst nach der Steuerschätzung festlegen? In den Koalitionsgesprächen wurde doch alles durchgerechnet.*

Wer dabei war, der weiß, dass es um die Zahl 24 Milliarden Euro schon damals ein heftiges Ringen gab. Damals war jedem klar, dass die Umsetzung dieses Zieles keine Frage des Rechtbehaltens oder des Geschmacks sein würde. Sie muss im Kontext der realen wirtschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Ich wiederhole: Jedem der dabei gewesen ist, ist das ganz klar gewesen.

*Die Bürger wissen doch genau, dass gespart werden muss. Warum sagt die Regierung nicht genau, an welcher Stelle?*

Eben weil wir die weitere Entwicklung der Finanzen und der Wirtschaft kennen müssen. Im Übrigen stört es mich, dass selten darüber gesprochen wird, dass wir dort investieren, wo wir Quellen neuen Wachstums sehen. Wir sind keineswegs immer nur mit der Frage beschäftigt, wo abgebaut werden kann. Wir geben zwölf Milliarden Euro mehr für Bildung und Forschung aus.